

# AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juni 2025

## Inhalt

<b>Nachrichten aus den europäischen Institutionen .....</b>	<b>1</b>
EU-Parlament und Rat: neue Regeln gegen sexuellen Kindesmissbrauch .....	1
EU-Kommission fordert drei Mitgliedstaaten zur korrekten Umsetzung der CSA-Richtlinie auf.....	1
EU-Parlament und Rat: Kontroversen um die geplante allgemeine Gleichbehandlungsrichtlinie .....	1
EU-Parlament: Mutterschaftsbestimmungen für Abgeordnete sollen gestärkt werden.....	2
EU-Kommission: Frühlingspaket für das Europäische Semester 2025 erschienen.....	2
EU-Kommission: neuer EU-Rahmen für das Monitoring der Umsetzung der Garantie für Kinder.....	2
EU-Kommission: Monitoring-Rahmen für die Empfehlung des Rates zur Langzeitpflege veröffentlicht.....	3
EU-Ministerrat: Stellungnahmen zu Gleichstellung und KI sowie zur Arbeit im Rentenalter.....	3
EU-Kommission: Prüfung von Aktivitätsspielzeug für Kinder ergab zahlreiche Mängel .....	3
EU-Konsultationen: Aktionsplan für die soziale Säule, Civil Society Strategy und Grundrechtecharta.....	3
<i>Kurznachrichten: Alterslimit für soziale Medien, Haushalt 2026, Familiendimension von Behinderung</i> .....	4
<b>Nachrichten aus den europäischen Staaten.....</b>	<b>4</b>
Dänemark und Norwegen: Ab 1. Juni sind Schwangerschaftsabbrüche bis zur 18. Woche erlaubt .....	4
Frankreich ringt um die Durchsetzung von Alterskontrollen auf Pornoseiten .....	4
Zypern senkt Wahlalter auf 17 Jahre.....	4
Italien: zum ersten Mal mehr Pflegekräfte als Haushaltshilfen .....	5
<i>Kurznachrichten: Handyverbot, Altersverifikation für Tabak und Alkohol, Familiennachzug</i> .....	5
<b>Weitere Nachrichten .....</b>	<b>5</b>
24 Organisationen der Zivilgesellschaft: offener Brief zur DSA-Durchsetzung und Kinderrechten.....	5
EU-Ausschuss der Regionen u. a.: Forderungen für die EU-Strategie gegen Armut .....	5
Pulitzer-Preis für Artikelserie „Städte für Familien gestalten“ .....	6
<i>Kurznachrichten: Kinderarbeit, Kampf gegen Kinderarmut, Family Remittances</i> .....	6
<b>Berichte und Studien .....</b>	<b>6</b>
European Observatory on Family Policy: Einblicke in die Familienpolitik 2025 .....	6
UNFPA: die wahre Fruchtbarkeitskrise .....	6
OECD: die Kosten der Kindererziehung in sich wandelnden Familienstrukturen.....	7
EEA: Über 20 % der Europäer:innen schädlichem Verkehrslärm ausgesetzt, Kinder stark gefährdet.....	7
Erster EU Outlook Report zu künstlicher Intelligenz behandelt Zusammenhänge mit Kinderrechten .....	7
Umfrage für Meta und OECD-Analyse zur Alterskontrolle für Apps auf dem Smartphone.....	7
Schweizer Forschungsbericht: Unterstützung betreuender Angehöriger lohnt sich für Unternehmen.....	8
<i>Kurznachrichten: Auszugsalter, Vaterschaft in Südeuropa, Selbstständige in Rente, Kindersoldaten</i> .....	8
<b>Bevorstehende Veranstaltungen .....</b>	<b>8</b>



## Nachrichten aus den europäischen Institutionen

### EU-Parlament und Rat: neue Regeln gegen sexuellen Kindesmissbrauch

Das Europäische Parlament hat mit 599 Ja-Stimmen seinen Standpunkt zur 2024 begonnenen Überarbeitung der Richtlinie für die Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern (CSA-Direktive) angenommen. Der Entwurf wurde bereits im Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) beschlossen (s. zuletzt [AGF-EuropaNews 5/25](#)). Insbesondere geht es darin um höhere Maximalstrafen für sexuellen Kindesmissbrauch sowie um die Abschaffung der Verjährung. Verdeckte Ermittlungen sollen zugelassen werden, und dritte Parteien – z. B. zivilgesellschaftliche Organisationen – sollen Fälle von Missbrauch melden dürfen. Mit der beschlossenen Position wird das Parlament in die Verhandlungen mit dem Ministerrat gehen.

Im Ministerrat liegt ebenfalls der Entwurf einer neuen Verordnung gegen Onlinematerial von sexuellem Kindesmissbrauch, bereits seit 2023 (CSA-R, s. zuletzt [AGF-EuropaNews 3/25](#)). Die Justizminister:innen haben nun in einer informellen Diskussion einen weiteren Kompromissvorschlag des polnischen Ratsvorsitzes beraten. Eine zentrale Frage stellt die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung digitaler Kommunikation dar. Mit Verweis auf eine bereits tätige Arbeitsgruppe der EU-Kommission empfiehlt der Ratsvorsitz, einen technologischen Fahrplan auszuarbeiten, der eine technische Lösung entwickeln soll.

- [EU-Parlament: Abänderungen des Vorschlags einer Richtlinie zur Bekämpfung von CSA \(Neufassung\)](#)

### EU-Kommission fordert drei Mitgliedstaaten zur korrekten Umsetzung der CSA-Richtlinie auf

Die Europäische Kommission hat eine mit Gründen versehene Stellungnahme an Luxemburg, die Slowakei und Ungarn gerichtet, weil sie die seit 2011 geltende Richtlinie zur Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs und der sexuellen Ausbeutung von Kindern sowie der Kinderpornografie nicht ordnungsgemäß in nationales Recht umgesetzt haben. Die Richtlinie enthält Mindestvorschriften für die Definition von Straftatbeständen und Sanktionen und hat Bestimmungen zur Stärkung der Prävention dieser Straftaten und des Schutzes der kindlichen Opfer eingeführt. Zudem müssen die Mitgliedstaaten den Straftäter:innen wirksame Interventionsprogramme oder -maßnahmen zur Verfügung stellen. Da die drei Mitgliedstaaten eine Reihe dieser Vorschriften nicht korrekt umgesetzt haben, richtet die Kommission nun eine mit Gründen versehene Stellungnahme an sie. Die Staaten haben nun zwei Monate Zeit, um die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen. Andernfalls kann die Kommission beschließen, den Gerichtshof der Europäischen Union mit den Fällen zu befassen.

### EU-Parlament und Rat: Kontroversen um die geplante allgemeine Gleichbehandlungsrichtlinie

Einige aktuelle Veröffentlichungen drücken unterschiedliche Positionen zum weiteren Umgang mit der geplanten EU-Antidiskriminierungsrichtlinie aus. Die Europäische Kommission hatte angekündigt, sie aufgrund unüberbrückbarer Differenzen im Ministerrat aus ihrem Arbeitsprogramm zu streichen (s. [AGF-EuropaNews 2/25](#)). Die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, unterstützt die Streichung zwar, führt in einem Brief an die Kommissionspräsidentin jedoch auch die Standpunkte hochrangiger Europaabgeordneter zur Beibehaltung der Vorschläge an. Sie weist darauf hin, dass zwar die Konferenz der Fraktionsvorsitzenden das Arbeitsprogramm der Kommission für 2025 unterstützen werde, die Konferenz der Ausschussvorsitzenden (CCC) jedoch die Wiederaufnahme der Gleichbehandlungsrichtlinie unterstütze (s. [AGF-EuropaNews 5/25](#)). Die EVP sowie Parteien rechts von ihr unterstützen gemeinsam das Arbeitsprogramm der Kommission.

Der Ministerrat hingegen hält an der geplanten Antidiskriminierungsrichtlinie fest. Während einige Mitgliedstaaten die Kommission aufforderten, einen überarbeiteten Vorschlag vorzulegen, sprach sich die Mehrheit dafür aus, an dem vorliegenden Entwurf weiterzuarbeiten und ein Signal für die Stärkung gleicher Rechte zu setzen.

### EU-Parlament: Mutterschaftsbestimmungen für Abgeordnete sollen gestärkt werden

Das Europäische Parlament fordert die EU-Mitgliedstaaten auf, das Wahlrecht für das EU-Parlament zu ändern, um den Abgeordneten die Möglichkeit zu geben, ihr Mandat nach der Geburt eines Kindes vorübergehend weiterzugeben – dieses Recht soll jedoch nicht auf Väter ausgedehnt werden. Nach den derzeitigen Bestimmungen können schwangere Abgeordnete des Parlaments für neun Monate (3 Monate vor der Geburt und 6 Monate danach) Elternzeit „entschuldigt“ werden. Jedoch muss ihr Mandat faktisch ruhen, während sie sich um ihr Neugeborenes kümmern. Nach den vorgeschlagenen Änderungen wäre es ihnen erlaubt, ihr Mandat vorübergehend an ein anderes Parlamentsmitglied ihrer Wahl weiterzugeben. Die Änderung der Regeln, wer die Europäer:innen im Parlament vertritt, erfordert die einstimmige Zustimmung aller EU-Mitgliedstaaten. Um Widerstände der nationalen Regierungen zu vermeiden, will das Parlament den Vorschlag so eng wie möglich fassen – potentiell sind nicht schwangere Eltern ausgeschlossen, also Väter, Adoptiveltern und Abgeordnete in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften. Das würde jedoch nicht mit der Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus dem Jahr 2019 übereinstimmen, die sicherstellen soll, „dass jeder Elternteil sein Recht auf Elternurlaub tatsächlich und gleichberechtigt wahrnehmen kann.“

- [EU-Parlament: European Parliament to strengthen maternity rules for MEPs](#) 

### EU-Kommission: Frühlingspaket für das Europäische Semester 2025 erschienen

Das Frühjahrspaket enthält ein Bündel an wirtschafts- und sozialpolitischen Befunden und Maßnahmen, inklusive 16 länderspezifischer Empfehlungen zur Langzeitpflege und verbindlicher Vorgaben für die Haushaltsführung der Mitgliedstaaten. Für Deutschland empfiehlt die Kommission (1) verstärkte Verteidigungsausgaben sowie die Absicherung des Rentensystems, (2) die zügige Umsetzung des nationalen Aufbau- und Resilienzplans (DARF), (3) Stärkung von Innovation und Digitalisierung, (4) den Ausbau erneuerbarer Energien sowie (5) die Förderung von Bildung und Bekämpfung des Fachkräftemangels.

Die Social Platform, zu der mehr als 40 Organisationen der Zivilgesellschaft wie AGE, Caritas, COFACE und Save the Children gehören, hat eine erste Analyse des Pakets veröffentlicht.

- [EU-Kommission: 2025 European Semester - Spring package](#) 
- [Social Platform: Focus on competitiveness must not undermine Social Europe](#) 

### EU-Kommission: neuer EU-Rahmen für das Monitoring der Umsetzung der Garantie für Kinder

Der Überwachungsrahmen verfolgt anhand statistischer Indikatoren die Fortschritte der Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Europäischen Garantie für Kinder. Die aktualisierte Version des Überwachungsrahmens enthält neue Indikatoren, die Lücken in den Bereichen Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung und gesunder Ernährung abdecken, die in der ersten Version des Beobachtungsrahmens, die 2023 veröffentlicht wurde, festgestellt wurden.

- [EU-Kommission: Second version of ECG Monitoring Framework](#) 

## EU-Kommission: Monitoring-Rahmen für die Empfehlung des Rates zur Langzeitpflege veröffentlicht

Nach mehr als zwei Jahren Arbeit hat die Untergruppe „Indikatoren“ des Ausschusses für Sozialschutz ihren Monitoring-Rahmen für die Empfehlung des Rates über den Zugang zu erschwinglicher, hochwertiger Langzeitpflege veröffentlicht. Der Rahmen enthält neue Indikatoren, z. B. für informelle Pflegekräfte.

- [EU-Kommission: Monitoring Framework on access to affordable high-quality long-term care](#) 

## EU-Ministerrat: Stellungnahmen zu Gleichstellung und KI sowie zur Arbeit im Rentenalter

Der Rat der Europäischen Union fordert gezielte Anstrengungen, um die Gleichstellung der Geschlechter im digitalen Zeitalter voranzubringen, wobei der Schwerpunkt auf den Risiken und Chancen der künstlichen Intelligenz (KI) liegen sollte. In seinen Schlussfolgerungen schlägt der Rat mehrere Maßnahmen vor, mit denen gegen anhaltende geschlechtsspezifische Ungleichheiten vorgegangen werden soll, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf Diskriminierung, Vorurteilen und Gewalt gegenüber Frauen und Mädchen in der digitalen Welt liegt. Der Rat fordert die Mitgliedstaaten dazu auf, Maßnahmen zu ergreifen, eine menschliche Aufsicht in KI-Systemen einzuführen und sicherzustellen, dass die Systeme die sektorspezifischen Rechtsvorschriften betreffend Nichtdiskriminierung und KI einhalten. Ferner sei der wachsenden Kluft zwischen den Ansichten junger Frauen und junger Männer in Bezug auf Geschlechtergleichstellung und der Verbreitung von Frauenfeindlichkeit im Internet entgegenzuwirken.

Der EU-Rat billigte außerdem Schlussfolgerungen zu Möglichkeiten, ältere Menschen dabei zu unterstützen, aktiv zu bleiben und ihr Potential auf dem Arbeitsmarkt und in der Gesellschaft voll auszuschöpfen. In seiner Stellungnahme nimmt der Rat die demografischen Herausforderungen der EU zur Kenntnis und stellt fest, dass die Menschen in Europa länger und gesünder leben und somit nach dem Eintritt in den Ruhestand wirtschaftlich und gesellschaftlich aktiv bleiben könnten. Er fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, Anreize für die freiwillige Verlängerung der Berufstätigkeit zu schaffen, ein altersgerechtes Arbeitsumfeld zu fördern und die gesellschaftliche Anerkennung des Beitrags älterer Menschen zur Wirtschaftstätigkeit zu unterstützen.

- [EU-Rat: Förderung der Gleichstellung der Geschlechter im von KI geprägten digitalen Zeitalter](#)

## EU-Kommission: Prüfung von Aktivitätsspielzeug für Kinder ergab zahlreiche Mängel

Ein erheblicher Teil des in der EU verkauften Aktivitätsspielzeugs für Kinder entspricht nicht den EU-Normen, wie die Prüfung einer Stichprobe von 89 Schaukeln, Aktivitätstürmen und Klettergerüsten ergab. Die wichtigsten Mängel betreffen die Stabilität, die Gefahr des Einklemmens von Körperteilen und Kleidung, den Zusammenbau des Produkts und die maximale Höhe. Weitere Bedenken betrafen abnehmbare Kleinteile, die von Kindern verschluckt werden könnten, und scharfe Kanten. Nur 15 (17 %) der untersuchten Produkte entsprachen den EU-Normen für sicheres Spielzeug.

- [EU-Kommission, DG GROW: EU testing of children's activity toys shows wide-ranging failures](#) 

## EU-Konsultationen: Aktionsplan für die soziale Säule, Civil Society Strategy und Grundrechtecharta

Die Europäische Kommission hat Konsultationen für die Überarbeitung von EU-Vorhaben begonnen. So soll der Aktionsplan zur Europäischen Säule sozialer Rechte neugefasst werden.

Die neue EU Civil Society Strategy soll einen umfassenden Rahmen für Maßnahmen zur Stärkung von Engagement bieten. Zudem sollen spezifische Maßnahmen vorgehalten werden, zivilgesellschaftliche Akteure, die sich für die Förderung und den Schutz der EU-Werte einsetzen, zu unterstützen.

Die Strategie für die EU-Charta der Grundrechte beinhaltet Maßnahmen zur Einhaltung der Charta in allen EU-Ländern. In der Initiative werden die Ergebnisse der Halbzeitüberprüfung dieser Strategie vorgestellt.

- [EU-Kommission: Konsultation zum Aktionsplan für den European Pillar of Social Rights](#) 
- [Social Platform: The next European Pillar of Social Rights Action Plan](#) 
- [EU-Kommission: Konsultation zur EU Civil Society Strategy](#) 
- [EU-Kommission: Konsultation zur Halbzeitüberprüfung der EU-Strategie für die EU-Grundrechtecharta](#)

### *Kurznachrichten: Alterslimit für soziale Medien, Haushalt 2026, Familiendimension von Behinderung*

- Der kommende dänische Ratsvorsitz wirbt für ein Verbot sozialer Medien für Kinder unter 15 Jahren.
- Die EU-Kommission hat den [Entwurf für den EU-Jahreshaushalt für 2026](#) vorgelegt. Er umfasst 193,26 Mrd. Euro, zuzüglich etwa 105,32 Mrd. Euro aus NextGenerationEU (Wiederaufbaufonds nach COVID).
- EU-Parlament: Ausschüsse EMPL und FEMM diskutieren die [Familiendimension von Behinderung](#). Hierbei sind Vorschläge der COFACE Disability Platform eingeflossen.

## Nachrichten aus den europäischen Staaten

### Dänemark und Norwegen: Ab 1. Juni sind Schwangerschaftsabbrüche bis zur 18. Woche erlaubt

In den beiden nordeuropäischen Ländern sind Reformen zum Schwangerschaftsabbruch in Kraft getreten. Frauen dürfen nun bis zur 18. Woche statt bis zur 12. Woche einer Schwangerschaft abtreiben. Damit gilt dort die gleiche Frist wie im skandinavischen Nachbarland Schweden. In Norwegen konnte bisher eine Kommission eine Abtreibung nach der 12. Woche gestatten und hat dies in den meisten Fällen auch getan – viele der Befragungen wurden jedoch als demütigend angesehen, was ein Grund für die jetzige Reform war. In Dänemark sprach sich eine Mehrheit der Bevölkerung für die Neuregelung aus, aber gegen längere Fristen, wie sie in den Niederlanden, in Großbritannien oder auf Island gelten. Die dänische Reform sieht außerdem vor, dass Jugendliche ab 15 Jahren für eine Abtreibung nicht mehr die Zustimmung ihrer Eltern benötigen.

### Frankreich ringt um die Durchsetzung von Alterskontrollen auf Pornoseiten

Die neue Verpflichtung großer, in Frankreich tätiger pornografischer Internetportale zur Durchführung von Alterskontrollen wurde ausgesetzt, bis geklärt ist, ob die verlangte Art der Altersüberprüfung nach EU-Recht legal ist. Einige Anbieter hatten ihre Websites aus Protest geschlossen.

### Zypern senkt Wahlalter auf 17 Jahre

Die Republik Zypern hat das Mindestalter zur Teilnahme an allen Wahlen auf 17 Jahre gesenkt. Damit wurde das Wahlalter an Griechenland angeglichen. Noch niedriger liegt es mit 16 Jahren in Malta und Österreich. Bei EU-Wahlen können 16jährige in Belgien und Deutschland teilnehmen, bei lokalen Wahlen in Deutschland, Estland, Schottland und Wales.

## Italien: zum ersten Mal mehr Pflegekräfte als Haushaltshilfen

Daten der INPS-Beobachtungsstelle für Hausangestellte weisen auf ein historisches Überholen hin: Zum ersten Mal gibt es mehr Pflegekräfte (413.161) als Haushaltshilfen (404.242). Heute sind 50,5 % der Hausangestellten in der direkten Betreuung abhängiger Personen beschäftigt. Es handelt sich hauptsächlich um Ausländer:innen (68,6 %), mit einer deutlichen Dominanz von Frauen (88,9 %). Ein Viertel der Pflegekräfte ist über 60 Jahre alt.

### Kurznachrichten: Handyverbot, Altersverifikation für Tabak und Alkohol, Familiennachzug

- Italien verbietet Handys auch in oberen Schulklassen. Künftig sollen die Geräte weggeschlossen werden.
- Griechenland will den Verkauf oder die Abgabe von Tabak und Alkohol an Minderjährige verbieten und Systeme zur Altersverifikation an allen Verkaufsstellen für Tabak und Alkohol vorschreiben.
- Portugals Regierung hat nach der Wahl vom Mai im Parlament ihr Programm vorgestellt und will den Familiennachzug für Einwanderer:innen deutlich beschränken.

## Weitere Nachrichten

### 24 Organisationen der Zivilgesellschaft: offener Brief zur DSA-Durchsetzung und Kinderrechten

COFACE, Eurochild, Save the Children und 21 weitere Nichtregierungsorganisationen sowie fünf Mitglieder des Europäischen Parlaments fordern die Europäische Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die sehr großen Online-Plattformen (VLOPs) ihren Verpflichtungen zur Bewertung und Abmilderung von Risiken für Kinder auf ihren Plattformen gemäß dem Digital Services Act (DSA) ordnungsgemäß nachkommen. Die Unterzeichnenden unterstützen den Entwurf der Leitlinien zu Artikel 28 Absatz 1 des Gesetzes über digitale Dienste (DSA), mit dem ein hohes Maß an Privatsphäre, Sicherheit und Schutz für Minderjährige gewährleistet werden soll.

- [Joint Statement – Not just users, but rights holders: realising the DSA's promise for children](#) 

### EU-Ausschuss der Regionen u. a.: Forderungen für die EU-Strategie gegen Armut

Lokale und regionale Entscheidungsträger:innen diskutierten auf einer Sitzung der Kommission für Sozialpolitik, Bildung, Beschäftigung, Forschung und Kultur (SEDEC) über die geplante EU-Strategie zur Armutsbekämpfung. Die SEDEC-Mitglieder verabschiedeten eine Stellungnahme und fordern die Europäische Kommission auf, bis 2026 eine ehrgeizige EU-Strategie zur Bekämpfung der Armut zu erarbeiten, die sich an den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) für 2030 orientiert und darauf abzielt, das Ziel der Europäischen Säule sozialer Rechte, die Armut um 15 Millionen Menschen zu verringern, zu übertreffen. Zu den wichtigsten Forderungen gehörten eine „Armutsprüfung“ in allen Folgenabschätzungen der EU-Politik, ein EU-Koordinator für die Armutsbekämpfung, die Bekämpfung von Obdachlosigkeit, sozialer Wohnungsbau und gerechte Löhne. SEDEC verabschiedete außerdem Stellungnahmen zur Anerkennung lokaler und regionaler Partner im Rahmen der EU-Strategie für die „Union of Skills“ und des EU-Fahrplans für die Rechte der Frau.

Das European Anti-Poverty Network (EAPN) und die Social Platform sowie Eurochild haben ebenfalls Positionspapiere zur geplanten EU-Strategie gegen Armut vorgelegt.

- [Ausschuss der Regionen: Draft opinion of the Commission SEDEC – An EU Anti-Poverty Strategy](#)  
- [Eurochild: Eradicating child poverty in Europe](#) 

- [European Anti-Poverty Network: Towards the Eradication of Poverty](#) 
- [Social Platform: Position Paper – EU Anti-Poverty Strategy](#) 

### Pulitzer-Preis für Artikelserie „Städte für Familien gestalten“

Für die Artikelserie „Designing cities for families“ wurde die Architekturjournalistin Alexandra Lange mit dem diesjährigen Pulitzer-Preis für Kritik ausgezeichnet. Ihre Zusammenarbeit mit Bloomberg untersucht die Kämpfe des Elternwerdens (und des Kinderseins) in Städten, die immer teurer, hektischer werden und im Grunde genommen kinderfeindlich sind. In dieser Serie berichtet sie auch über außergewöhnliche urbane Wiedergeburten und familienfreundliche urbane Lösungen. Insbesondere die Gestaltung von Städten und Vorstädten mit sicheren Fuß- und Radwegen, gemeinschaftlichen Spielplätzen und leicht überwachten Bereichen kann Kindern helfen, Unabhängigkeit und Widerstandsfähigkeit zu entwickeln: Hier zeigt Lange, wie Städte Familien unterstützen und die Elternschaft erleichtern können, zum Nutzen aller in der Gemeinschaft.

- [Alexandra Lange: Artikelserie „Designing Cities for Families“](#) 

### Kurznachrichten: Kinderarbeit, Kampf gegen Kinderarmut, Family Remittances

- Kinderarbeit auf 138 Millionen gesunken, aber Ziel der Beendigung bis 2025 verfehlt ([UNICEF](#)).
- Die EU Alliance for Investing in Children hat in einem [gemeinsamen Brief an die EU-Präsident:innen von der Leyen, Metsola und Costa](#) gefordert, den Kampf gegen Kinderarmut besser zu finanzieren.
- International Day of Family Remittances (11. Juni): 656 Mrd. US-Dollar haben Migrant:innen 2023 an ihre Familien in ärmere Länder überwiesen – mehr als das 3-fache der Entwicklungshilfe ([Weltbank](#)).

## Berichte und Studien

---

### European Observatory on Family Policy: Einblicke in die Familienpolitik 2025

Eine neue redaktionelle Reihe mit dem Titel „2025 Insights on Family Policies“ widmet sich der Untersuchung aktueller Entwicklungen in der Familienpolitik in verschiedenen europäischen Kontexten. Die von der Europäischen Beobachtungsstelle für Familienpolitik herausgegebene Reihe befasst sich mit kritischen Debatten über die Gestaltung, Umsetzung und Koordinierung von Maßnahmen zur Unterstützung von Familien in einer vielfältigen und sich wandelnden gesellschaftlichen Landschaft. In dieser Reihe werden nationale familienpolitische Modelle untersucht, wobei die Dynamik der Entfragmentierung und die allmähliche Entstehung eines einheitlichen öffentlichen Politikraums für Familien an der Schnittstelle von Sozialpolitik, Gesundheit, Bildung und Pflege betrachtet werden. Die erste Ausgabe konzentriert sich auf Italien, insbesondere auf die Neuerungen nach der Reform von 2017, mit der ein integriertes System für Kinder im Alter von 0 bis 6 Jahren eingeführt wurde, das das vorherige getrennte System (0 bis 3 und 3 bis 6 Jahre) ersetzt.

- [2025 Insights on Family Policies – European Observatory on Family Policy](#) 

### UNFPA: die wahre Fruchtbarkeitskrise

Der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) hat seinen jährlichen Bericht über die Lage der Weltbevölkerung vorgelegt. Darin wird davor gewarnt, dass Millionen von Menschen auf der ganzen Welt nicht in der Lage sind, so viele Kinder zu bekommen, wie sie sich wünschen – ob sie nun mehr, weniger oder gar keine

Kinder haben wollen. Gemeinsam mit YouGov hat der UNFPA eine Umfrage in 14 Ländern durchgeführt, um die Menschen zu fragen, ob sie die Familien haben, die sie sich wünschen. Dabei zeigte sich, dass fast 20 % der Erwachsenen im reproduktionsfähigen Alter glaubten, sie würden nicht in der Lage sein werden, so viele Kinder zu bekommen, wie sie sich wünschen. Nahezu ein Drittel habe eine ungewollte Schwangerschaft erlebt. 39 % sagten, dass finanzielle Beschränkungen ihre Fähigkeit, die gewünschte Familiengröße zu erreichen, beeinträchtigt haben oder beeinträchtigen würden. Fast 20 % gab an, dass Zukunftsängste wie Klimawandel, Umweltzerstörung, Kriege und Pandemien dazu führen oder geführt haben, dass sie weniger Kinder als gewünscht haben. Und fast 25 % fühlte sich nicht in der Lage, ihren Kinderwunsch zum gewünschten Zeitpunkt zu erfüllen.

- [UNFPA: The real fertility crisis](#)  

### OECD: die Kosten der Kindererziehung in sich wandelnden Familienstrukturen

Die Kosten von Kindern sind eine Schlüsselgröße, die für eine Vielzahl von politischen Fragen und Haushaltsentscheidungen relevant ist. Vor dem Hintergrund sich verändernder Familienstrukturen und der zunehmenden Zahl getrennt lebender Eltern werden in diesem Kurzbericht die Kosten für Kinder in verschiedenen Familienkonstellationen in den europäischen OECD-Ländern untersucht. Er liefert neue, länderspezifische Schätzungen der Kosten von Kindern auf der Grundlage von Haushaltsausgaben und selbstberichteten Daten über das wirtschaftliche Wohlergehen von Paaren und Alleinerziehenden.

- [OECD: The cost of raising children across evolving family structures](#)  

### EEA: Über 20 % der Europäer:innen schädlichem Verkehrslärm ausgesetzt, Kinder stark gefährdet

Ein neuer Bericht der Europäischen Umweltagentur (EEA) zeigt, dass über 20 % der Europäer:innen schädlichem Verkehrslärm ausgesetzt sind, der die EU-Grenzwerte überschreitet. Kinder und Jugendliche seien besonders anfällig für die Auswirkungen von Lärm. Neuen Forschungsergebnissen zufolge trägt die Lärmbelastung bei Kindern zu Leseschwäche, Verhaltensproblemen und Fettleibigkeit bei. Zur gleichen Zeit hat Brüssel Athen vor dem Gerichtshof verklagt, da keine Lärmaktionspläne verabschiedet wurden.

- [Bericht der Europäischen Umweltagentur \(EEA\)](#) 

### Erster EU Outlook Report zu künstlicher Intelligenz behandelt Zusammenhänge mit Kinderrechten

Die Gemeinsame Forschungsstelle (JRC) der EU-Kommission veröffentlicht ihren ersten umfassenden Outlook Report über generative „künstliche Intelligenz“, in dem deren sozioökonomischen und technischen Auswirkungen analysiert werden. Untersucht werden die sozialen Auswirkungen auf die Arbeitswelt, auf das Geschlechterverhältnis, die Kinderrechte, die Privatsphäre und die mentale Gesundheit.

- [EU-Kommission, JRC: Outlook Report on Generative AI](#)  

### Umfrage für Meta und OECD-Analyse zur Alterskontrolle für Apps auf dem Smartphone

Eine Auftragsstudie des Marktforschungsinstituts Morning Consult, die für Meta (Facebook, Instagram, WhatsApp) durchgeführt wurde, hat Meinungen zur elterlichen Kontrolle von Anwendungen auf Smartphones untersucht. In acht Mitgliedstaaten der EU wurden jeweils 300 bis 500 Eltern mindestens eines Kindes unter 18 Jahren befragt. Eine Gesetzgebung, die zum Herunterladen von Apps eine elterliche Genehmigung für Kinder

unter 16 Jahren vorschreibt, wurde von 75 % (Dänemark) bis 87 % (Irland) der Eltern befürwortet. In Deutschland waren es 78 %. Eine Alterskontrolle in den App Stores statt in allen einzelnen Apps fanden 39-82 % der Eltern einfacher und 49-77 % vertrauenswürdig im Hinblick auf den Schutz der Privatsphäre.

Zum gleichen Thema hat die OECD eine Analyse veröffentlicht. Während manche Länder dazu übergehen, die Altersgrenzen in den sozialen Medien zu verschärfen, zeigt diese Analyse weit verbreitete Lücken in der Alterssicherungspraxis auf und verdeutlicht die Risiken, denen jüngere Nutzer:innen online ausgesetzt sind. Sie untersucht die sich entwickelnde politische Landschaft, die Grenzen der aktuellen Schutzmaßnahmen und was Regierungen und Plattformen tun können, um Kinder im digitalen Zeitalter besser zu schützen.

- [Survey von Morning Consult](#)  
- [OECD: Too young to scroll? Why governments are cracking down on social media age limits](#) 

### Schweizer Forschungsbericht: Unterstützung betreuender Angehöriger lohnt sich für Unternehmen

Wenn Unternehmen ihre Mitarbeitenden, die kranke oder verunfallte Angehörige betreuen, gezielt unterstützen, können sie Folgekosten vermeiden. Vor allem vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels lohnt es sich für Arbeitgebende, in eine gute Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung zu investieren. Dies geht aus einem Forschungsbericht hervor, den die Schweizer Bundesregierung verabschiedet hat.

- [Kosten-Nutzen-Analyse der Massnahmen von Unternehmen zur Vereinbarkeit \(Postulatsbericht\)](#) 

### Kurznachrichten: Auszugsalter, Vaterschaft in Südeuropa, Selbstständige in Rente, Kindersoldaten

- [Junge Menschen verlassen ihr Elternhaus im EU-Durchschnitt mit 26,2 Jahren \(in Deutschland 23,9\).](#)
- Umfrage zu Einstellungen, Verhalten und Hindernisse von [Vätern in Italien, Portugal und Spanien](#).
- [56,4 % der Selbstständigen in der EU arbeiten während der Rente weiter](#) (in Deutschland 70,5 %).
- Die Zahl der weltweit rekrutierten und eingesetzten Kindersoldaten ist 2023 auf 8655 gestiegen ([SIPRI](#)). Die globalen Militärausgaben wurden 2024 um 9,4 % auf 2718 Milliarden US-Dollar erhöht ([SIPRI](#)).

## Bevorstehende Veranstaltungen

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
1. Juli 2025, online (Teams)	<a href="#">Policy workshops on implementation of guidelines on access to healthcare for persons with disabilities:</a>	EU-Kommission
2. Juli 2025, online (Teams)	<a href="#">Policy workshops on implementation of guidelines on access to healthcare for persons with disabilities:</a> Deinstitutionalisation, integration of Services, and cost-benefit analysis on availability	EU-Kommission
3. Juli 2025, Berlin	<a href="#">Freedom of Science, Diversity, and Public Health</a>	Hertie School & Einstein Center Population Diversity
10. Juli 2025, London	<a href="#">Do we need a new AI Bill of Human Rights? A Public Panel Discussion</a>	University of Oxford
11. Juli 2025	<a href="#">World Population Day</a>	UN

Datum Online / Ort	Titel und Link	Veranstalter
15. Juli 2025	<a href="#">World Youth Skills Day</a>	UN
15. Juli 2025, Brüssel	<a href="#">EU Day for the Victims of the Global Climate Crisis – Commemoration ceremony</a>	EU
30. Juli 2025	<a href="#">World Day Against Trafficking in Persons</a>	UN
27.-29. August 2025, Mailand	<a href="#">ESPANET Annual Conference 2025: The Welfare State in the 21<sup>st</sup> Century – On the Edge of a New Era or Back to Basics?</a>	ESPANet, University of Milan
25.-26. September 2025, Brüssel	<a href="#">Breaking Silos, Building Futures: Policy Innovations for Integrated Family and Child Support</a>	COFACE Families Europe and the Odisee Centre for Family Studies
14. Oktober 2025, Brüssel und online	<a href="#">5<sup>th</sup> European Accessibility Summit</a>	European Disability Forum & Microsoft
17.-19. November 2025, Brüssel	YES Forum Policy Event: bridging perspectives on the social inclusion of disadvantaged youth and its funding (save the date)	<a href="#">YES Forum</a>
16.-18. Juni 2026, Donostia/San Sebastián	<a href="#">World Congress for Age-friendly Cities and Communities</a>	Königreich Spanien, Autonome Gemeinschaft Baskenland und WHO

Die Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V. ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und im europäischen Netzwerk zu transnationalen Familien TraFaDy (Transnational Family Dynamics in Europe) sowie in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Straße 14, 10785 Berlin ·  
Tel.: +49 (0)30 290 28 25-70  
E-Mail: [europa@ag-familie.de](mailto:europa@ag-familie.de) · Web: [www.ag-familie.de](http://www.ag-familie.de)  
Redaktion: Lars Vogelsang, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Gefördert vom:



Bundesministerium  
für Bildung, Familie, Senioren,  
Frauen und Jugend